

Fehlerhafter Bescheid vom 07.11.2012

Dem Schreiben der AOK vom 22.10.2012 wurde eine Kündigungsbestätigung vom 30.08.2012 beigelegt. Hierdurch sollte die Möglichkeit eröffnet werden, einen Kassenwechsel zum 01.11.2012 durchzuführen.

Wie bereits ausführlich dargelegt wurde, handelte es sich hierbei um eine unzulässige Aktion dieser Krankenkasse. Es versteht sich deshalb von selbst, dass ein solches Wechselangebot nicht wahrgenommen wurde.

Aus diesem Grund wurde auch kein Nachweis bezüglich einer anderweitigen Versicherung vorgelegt. *Nach Ablauf der Frist, die am 31.10.2012 endete, hätte aus formalen Gründen mit Beginn des Novembers 2012 die AOK darauf hinweisen müssen, dass die Pflichtversicherung weiterhin bei ihr Bestand hätte, bzw. hätte das Versäumnis nachholen müssen, darüber zu informieren, dass sei dem 01.09.2012 mit Ablauf der Dreimonatsfrist eine Pflichtversicherung mit Wirkung zum 01.06.2012 eingetreten sei. Dies war jedoch nicht der Fall.*

Stattdessen wurde zum 07.11.2012 ein Bescheid erlassen, indem sinngemäß festgestellt wurde, dass keine Mitgliedschaft seit dem 01.06.2012 mehr bestehen würde. **Gleichzeitig wurde hierbei die Gesundheitskarte zurückgefordert.**

Es bestanden vonseiten der AOK wohl Befürchtungen, dass diese Karte noch genutzt werden könnte. Eine solche Gefahr bestand jedoch nicht. Es war schließlich bekannt, dass mit der Nutzung dieser Karte, die Mitgliedschaft konkludent anerkannt worden wäre. Aus diesem Grund wurde auch ein Arztbesuch aus eigener Tasche bezahlt. **Es darf noch angemerkt werden, dass noch abgeklärt werden konnte, dass die Karte nicht abgegeben werden musste, sondern vernichtet werden konnte.**

Allerdings wurde zu Beginn des Jahres 2013 nun der Hinweis gegeben, dass eine Pflichtversicherung eingetreten sei und deshalb weiterhin eine Mitgliedschaft bei der AOK bestehen würde.